



Remseck am Neckar
Große Kreisstadt

Sitzungsvorlage Nr.

/ 2009

öffentlich (ö)

nichtöffentlich (nö)

GZ.: 112.041 OB/li

Datum:

9. Dezember 2009

Vorgang:

zur Behandlung im

Gremium	Sitzung am	Information	Vorberatung	Beschlussfassung	Bemerkung
Ausschuss für Umwelt und Technik					
Verwaltungsausschuss					
Betriebsausschuss					
Ausschuss für Jugend und Soziales					
Wohnungsausschuss					
Gemeinderat	15.12.2009			X	

Beratungsgegenstand:

Initiative für Hochberger Tunnel - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Freie Wähler und SPD

Beschlussvorschlag:

Zustimmung zum gemeinsamen Antrag der oben genannten Fraktionen

Angaben zur Finanzierung (bei ausgabewirksamen Beschlüssen)

Mittel stehen im Haushaltsplan unter HHSt:

zur Verfügung.

Beschluss führt bei HHSt:

zu über-/außerplanmäßiger Ausgabe.

Karl-Heinz Schlumberger
Oberbürgermeister

Sachdarstellung / Begründung:

Der Unterzeichner betrachtet den vorliegenden Antrag (siehe Anlage) als Unterstützung seiner bisherigen Aktivitäten und empfiehlt seine Beschlussfassung.

Dazu folgende Anmerkung:

Trotz der politischen Signale vom Land Baden-Württemberg (Staatssekretär Köberle: Tunnel Hochberg bringt verkehrliche Entlastung) und des Landkreises Ludwigsburg (Projekt aufgenommen in das Kreisstraßenprogramm), ist es ein kommunalpolitisches Ärgernis, dass diese beiden politischen Ebenen ständig auf die Stadt Remseck am Neckar zeigen, wenn es darum geht, das Projekt Tunnel Hochberg im Zuge der K 1697 endlich in Angriff zu nehmen.

So war zuletzt in einem Bericht der Stuttgarter Zeitung vom 14.09.2009 zu lesen, „Das Regierungspräsidium habe lediglich die Förderfähigkeit attestiert und da es sich um eine Kreisstraße handle, müsse zuerst das Landratsamt Ludwigsburg aktiv werden!“. Beim Landratsamt wiederum verweist man auf das Rathaus in Remseck und sagt: „In dieser Sache liegt die Federführung bei der Stadt!“. Hinzu kommt, dass der Landkreis den Eindruck vermittelt, als ob die nicht unerheblichen Vorplanungskosten und Gutachten ausschließlich von der Stadt Remseck zu bezahlen wären und verweist dabei auf einen Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Technik des Landkreises vom 27.06.2005, der überschrieben ist mit „Regelung zur Finanzierung von Ortsumfahrungen“. Der Unterzeichner vertritt hingegen die klare Auffassung, dass die Übernahme von Vorplanungskosten für Gutachten nicht ausschließlich Aufgabe der Stadt sein kann.

Vor diesem Hintergrund hat der Unterzeichner mit Datum vom 16.07.2009 einen Brief an den Regierungspräsidenten geschrieben, ihm diesen Sachverhalt geschildert und ihn gebeten, die Bemühungen der Stadt zu unterstützen, zeitnah ein Gespräch mit relevanten Vertretern des Landkreises, des Regierungspräsidiums und der Stadt zu arrangieren, um gemeinsam zu definieren, ob und wie wir das Projekt Tunnel Hochberg angehen.

Als Folge davon war der Regierungspräsident am 17.11.2009 vor Ort in Remseck und hat gemeinsam mit dem Unterzeichner die Örtlichkeiten abgegangen. Er fragte auch nach möglichen Alternativen, die zu prüfen, Voraussetzung für den Beschluss pro Tunnel wären. Der Unterzeichner bestätigte, dass die technisch mögliche Umfahrungsvariante geprüft worden sei, aber laut Gutachten nicht die verlangte Entlastung bringe. Im anschließenden Gespräch hat Herr Schmalzl seine grundsätzliche Unterstützung dieses Projektes zugesagt und angeregt, die Grobplanungen jetzt zu beauftragen, die notwendig sind, um einen Antrag stellen zu können. Mit Brief vom 27. 11. 2009 wurde Herr Landrat Dr. Haas von diesem Sachverhalt und dem Votum des Regierungspräsidenten unterrichtet und gebeten, ebenfalls einen Gesprächspartner zu benennen. Nach der Vorstellung des Unterzeichners wäre es Aufgabe dieser Fachleute, zu definieren, welche Gutachten und Voruntersuchen notwendig sind und auch zu prüfen, in wie weit die im Rathaus Remseck schon vorliegenden Gutachten verwendbar sind. Darüber hinaus muss Einigkeit erzielt werden, wer und in welchem Umfang für die Kosten dieser Voruntersuchen zuständig ist.

Hinweis: Zur Information über die finanzielle Situation im Landesstraßenbauprogramm habe ich beigefügt, einen Artikel der Kornwestheimer Zeitung vom 06.10.2009.



Remseck, den 08.11.2009

Antrag

Initiative für Hochberger Tunnel

Die Gemeinderatsfraktionen von Bündnis90/Die Grünen; FDP, Freien Wählern und SPD beantragen, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Landratsamt Ludwigsburg und - ggf. - dem Regierungspräsidium Stuttgart zu klären, ob - und ggf. wann - der Landkreis und das Land Baden-Württemberg mit der Realisierung des Hochberger Tunnels beginnen werden.
2. Die Verwaltung wird weiter beauftragt, zu klären, welche konkreten planerischen Schritte oder gutachterlichen Abklärungen im Fall der weiter bestehenden Realisierungsabsicht in welchem zeitlichen Rahmen von der Stadt Remseck zu erbringen sind.
3. Die Verwaltung wird weiter beauftragt, die voraussichtlichen Investitionskosten, die zu erwartenden laufenden Kosten sowie den jeweiligen Finanzierungsanteil für das Land Baden-Württemberg, den Landkreis Ludwigsburg und die Stadt Remseck zu klären. Ziel ist die Vergabe eines Planungsauftrags für den Tunnel und die planungsrechtliche Genehmigung des Vorhabens.

Begründung:

Im November 2001 hat das Regierungspräsidium Stuttgart die grundsätzliche Förderfähigkeit des Hochberger Tunnelprojekts anerkannt. Das Projekt eines Hochberger Tunnels wurde daraufhin in das mittelfristige Kreisstraßenprogramm mit einem Realisierungszeitraum nach dem Jahr 2008. aufgenommen

Im Dezember 2004 stellten die im Remsecker Gemeinderat vertretenen Fraktionen einen gemeinsamen Antrag, in dem die Stadtverwaltung beauftragt wurde, die voraussichtlichen Planungskosten, insbesondere die Kosten für ein geologisches sowie gegebenenfalls ein hydrogeologisches Gutachten für den geplanten Straßentunnel im Zuge der K 1667 in Hochberg zu ermitteln. Außerdem wurde die Stadtverwaltung beauftragt, mit dem Land-

ratsamt und dem Regierungspräsidium darüber zu verhandeln, wie sich die Finanzierung solcher Gutachten im Vorgriff auf später ohnehin erforderliche Planungskosten darstellen lässt.

Nachdem später der Bau einer Nordumfahrung von Hochberg erwogen wurde, musste dieser Gedanke wieder aufgegeben werden, als die Verkehrsuntersuchung von Prof. Kölz im Dezember 2007 zu dem Ergebnis kam, dass nur ein Tunnel eine deutliche und spürbare Entlastung der Hochberger Hauptstraße bringe, eine Nordumfahrung von Hochberg könne keine vergleichbare Entlastung ergeben werde.

Im Frühjahr 2008 erklärte Ministerialrat Kries bei einem Gespräch mit Oberbürgermeister Schlumberger und Bürgermeister Melchior: "Erst ab 2014 gibt es eine Chance, in Förderprogramme des Landes zu rutschen, deshalb sollte Remseck am Neckar seinen Aufnahmeantrag bis 2012 stellen" (Amtsblatt der Stadt Remseck vom 06.03.2008).

Die Notwendigkeit des Hochberger Tunnels ist damit von den beteiligten Körperschaften grundsätzlich anerkannt. Bisher war nach unserer Auffassung auch die grundsätzliche Bereitschaft von Stadt, Landkreis und Land zur Finanzierung des Projekts gegeben. Im Haushaltsplan 2009 der Stadt Remseck stehen 100 000 € für die Planung des Tunnels zur Verfügung. Was fehlt, sind konkrete Planungen und Finanzierungszusagen. Wir halten daher eine Initiative der Stadt Remseck mit dem Ziel für notwendig, zu klären, ob die grundsätzliche Bereitschaft zum Bau des Tunnels nun in eine konkrete Vorbereitungsphase übergeleitet wird. Dabei sollen auch die Kosten und Finanzierung des Tunnelprojekts geklärt werden, damit anschließend rechtzeitig ein Förderantrag zum Bau des Tunnels gestellt werden kann. Notwendig erscheint auch ein konkreter Auftrag zur Planung des Tunnels und die Klärung der Frage, wer für diese Planung in Frage kommt und wer die Planung finanziert.

Die baldige Vergabe eines Auftrags der Stadt für ein geologisches sowie gegebenenfalls ein hydrogeologisches Gutachten, wie bereits im Antrag vom Dezember 2004 gefordert, halten wir für sinnvoll. Der Beginn von ersten Planungsschritten wäre nach unserer Überzeugung nicht nur ein wichtiges Signal für die Einwohner des Ortsteils Hochberg, sondern auch für Landkreis und Land, dass die Stadt den konkreten Willen zur Realisierung des Tunnels hat.

gez. Dr. Karl Burgmaier, Gustav Bohnert, Gerhard Waldbauer, Heinz Layher

Regierung muss auf die Bremse treten

21 Projekte im Landesstraßenbau-Programm werden wegen Geldmangels geschoben – Köberle hofft auf Millionen-Nachschlag

Kein Tag vergeht, an dem Baden-Württemberg nicht Spitzenreiter bei den Stau-meldungen ist. Regelmäßig fordern Politiker deshalb mehr Geld für den Straßenbau. Doch die Kasse ist leer. Nun müssen Projekte geschoben werden.

VON FRANK KRAUSE

STUTTGART. Es war kurz vor der Bundestagswahl. Ministerpräsident Oettinger cillte im Wahlkampf von Termin zu Termin. Eine Botschaft wiederholte er dabei immer wieder: „Bei der Bundestagswahl entscheidet sich auch, wie es mit der Infrastruktur weitergeht.“ Baden-Württemberg, so Oettinger, sei endlich an der Reihe, wenn es um Mittel für den Straßenbau gehe. Immer wieder haben führende Landespolitiker in den vergangenen Monaten solche Hilferufe abgesetzt. „Baden-Württemberg hat Nachholbedarf bei Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur“, sagte Unionsfraktionschef Volker Kauder. Der bisherige CDU-Landesgruppenchef im Bundestag, Georg Brunnhuber, stieß x-mal ins selbe Horn. Und JU-Landeschef Steffen Bilger konstatierte jüngst: „Im Osten überfällt einen die Einsamkeit auf den Autobahnen, aber wir hier stehen im Stau.“ Deshalb, so der Tenor von allen, müsse bei den Koalitionsverhandlungen der neuen Bundesregierung endlich etwas für den Südwesten getan werden.

Fakt ist: Derzeit erhält der Südwesten jährlich rund 190 Millionen Euro vom Bund für Straßenprojekte. Das Land hat aber baureife Vorhaben bei Autobahnen und Bundesstraßen von 1,1 Milliarden Euro. Anspruch und Wirklichkeit klaffen also weit auseinander. So etwas droht nun auch beim Landesstraßenbau. Verkehrs-Staatssekretär Rudolf Köberle (CDU) bestätigte am Montag Informationen unserer Zeitung, wonach 21 Bauprojekte, die eigentlich in diesem Jahr begonnen werden sollten, geschoben werden müssen. In der ursprünglichen Planung hatte die CDU-FDP-Landesregierung insgesamt 66 neue Straßenbaumaßnahmen in den Arbeitskatalog für die Jahre 2008/2009 aufgenommen. Die Bilanz: 15 wurden erledigt, 19 laufen noch, elf sollen noch dieses Jahr begonnen werden – und 21 müssen verschoben werden.

Die Gründe liegen vor allem in Kostensteigerungen, weil alte Maßnahmen noch nicht



Was die Baubranche freut, bereitet dem Land durchaus Probleme: Die Vielzahl an möglichen Straßenbaumaßnahmen kann derzeit nicht bezahlt werden
Foto: dpa

endgültig abgerechnet waren oder teurer geworden sind – wie der Bau des Zubringers zur Autobahn bei Rheinfelden, der laut Köberle nicht fünf, sondern acht Millionen Euro kostet. Andererseits gibt es immer öfter Preissteigerungen. „Wir spüren, dass durch das Konjunkturprogramm des Bundes Spannung in den Markt kommt“, sagt Köberle. Soll heißen: Die Baufirmen sind ausgelastet, die Preise ziehen an. Hinzu kommen gestiegene Aufwendungen für Energie und Personal. „Es gibt eine Summe von vorher nicht absehbaren Punkten“, so Köberle.

Als der Verkehrs-Staatssekretär jüngst den CDU-Landtagsabgeordneten die Nachricht überbrachte, dass mancher Landesstraßenbau und manche Ortsumgehung vorerst auf Eis liegt, gab es lange Gesichter. Konsequenz der Entwicklung: Köberle benötigt nächstes Jahr rund neun Millionen Euro mehr als bisher geplant, 2011 weitere vier Millionen Euro zusätzlich, um den Bau-Stau abzarbeiten. „Der Betrag ist überschaubar“, glaubt er. Das Problem: Alle Ministerien müssen bei den anstehenden Beratungen zum Landeshaushalt 2010/2011 massiv sparen. Und ob Köberle zum Verkehrshaushalt von 150 Millionen Euro diesen weiteren Zuschlag erhält, ist offen. Er selbst räumt ein, dass die Haushaltsgespräche „außerordentlich schwierig“ werden.

Info

Auf der Warteliste

- Als Reaktion auf die schwierige Finanzlage muss das Land insgesamt 21 Straßenbauprojekte verschieben, unter anderem:
- **Regierungsbezirk Stuttgart:** Beseitigung Bahnübergang Bopfingen, Ortsumfahrung Neuenstadt, Ausbau der L 1141 bei Löchgau, Ausbau der L 1158 zwischen Mögglingen und Heuchlingen, Ausbau der L 1164 zwischen Gerstetten und Gussenstadt.
- **Regierungsbezirk Tübingen:** Ortsumfahrung Bad Saulgau, Ausbau der L 449 zwischen Winterlingen und Bitz.
- **Regierungsbezirk Karlsruhe:** Ortsdurchfahrt Neuenbürg, Ausbau der L 1103 bei Sternenfels.
- **Regierungsbezirk Freiburg:** Nordumgehung Ortenberg, Ausbau der L 433 zwischen Aldingen und Denkingen. (StN)

